

Haushaltsrede von Bürgermeister Carsten Grawunder

vor dem Rat der Stadt Drensteinfurt am 9.12.2024

Alte Post

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Drensteinfurt,
sehr geehrte Sachkundige Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Drensteinfurt,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher,

der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 sowie die Finanzplanung für die Jahre bis 2028 werden immer mit Spannung erwartet. Die verwaltungsseitigen Planungen konnten wir in der vorletzten Woche abschließen und mit diesem Stand gehen wir in den nächsten Wochen in die politischen Beratungen. Das heißt zum Beispiel, dass Entscheidung aus den Sitzungen des HFA und des BA mit ihren Auswirkungen auf die Änderungsliste kommen.

Ebenso gehört dazu die nochmalige Senkung der Kreisumlage um 0,1 Prozentpunkte, was eine Verbesserung von 18.240 € ausmacht. Angesichts der erwarteten Abführung von Kreis- und Jugendamtsumlage von über 12 Mio. € aber eher ein Tröpfchen, welches noch vor dem Auftreffen auf den heißen Stein verdunstet.

Dagegen führt die Entscheidung aus dem Betriebsausschuss, den kalkulatorischen Zinssatz von 2,9% auf 1,9% bei der Zuführung vom Eigenbetrieb Abwasser an den städtischen Haushalt zu senken, zu einer Verschlechterung im Ergebnisplan in einer Höhe von 215.390 €.

Selbstverständlich sind Gebührenerhöhungen nicht sexy, aber sie haben in der Regel handfeste Ursachen auf der Ausgabenseite und Gebühren sollen kostendeckend kalkuliert werden. Damit einher geht eine Belastungsgerechtigkeit auf der Basis tatsächlicher Aufwände. Und da, wo es tatsächlich um die eigenen Verbräuche von Wasser oder der Versiegelung von Flächen geht, sind Gebühren auch geeignet, Anreize zu setzen.

Wir verschieben einen Teil der gut nachvollziehbaren Erhöhung bei den Kosten zur Schmutz- und Regenwasserbeseitigung von einem Gebührenhaushalt zu Lasten des städtischen Haushaltes.

Im letzten Jahr hatte ich, um die Einnahmeseite zu verbessern, höhere Grund- und Gewerbesteuern vorgeschlagen, die auch aus meiner heutigen Sicht moderat und vor allem notwendig waren. Hier haben wir bei den sich anschließenden Haushaltsberatungen mit einem Federstrich über 600.000 € Einnahmen pro Jahr gestrichen. Das hätte der Stadt viel Spielraum für die kommenden Jahre verschafft. Und wir konnten es mit einem strukturell unterfinanzierten Haushalt, dessen Ursachen selbst der Landrat bei der nichtauskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen sieht, eigentlich nicht leisten können. Bürgerinnen und Bürger und sogar einzelne Gewerbetreibenden haben in Gesprächen mit mir Verständnis und Bereitschaft gezeigt, diese Mehrbelastung zumindest zum Teil mitzutragen.

Meine Damen und Herren,

wir beklagen uns zurecht darüber, dass die Finanzierung der Kommunen durch das Land NRW schon seit Jahren nicht auskömmlich ist und uns strukturelle Engpässe beschert. Aber hier haben wir selber aus meiner Sicht kurzfristig gehandelt. Jetzt können wir natürlich das Prinzip „Hoffnung“ bemühen, dass Land und Bund irgendwann doch endlich mal die Signale richtig deuten und uns mit den notwendigen (und uns auch zustehenden Mitteln) für unsere Aufgabenerledigung ausstatten, aber ich glaube eher, wir verlagern ein sich dann noch vergrößerndes Problem in die Zukunft. Und es wird nicht erst unsere Enkel treffen!

Die Situation in der wir uns befinden und mit der wir arbeiten müssen ist herausfordernd. Ich denke, hierüber sind wir uns einig. Es gibt eine Vielzahl von Ursachen, wie zum Beispiel steigende Ansprüche bei der Offenen Ganztagschule, die Inflation der letzten Jahre mit den daraus resultierenden hohen Tarifabschlüssen, ein immer weiter steigendes Anspruchsdenken an die öffentliche Verwaltung bei gleichzeitig schwindendem Vertrauen in dieselbe und daneben ein gesellschaftlicher Zusammenhalt, der auch schon mal besser war. All diese Effekte, ganz gleich ob sie durch die Spätfolgen der Pandemie, den Krieg in der Ukraine, durch Migration oder sonst wie getrieben sind, führen zu steigenden Kosten in unserem Haushalt, die wiederum nicht von uns zu beeinflussen sind. Es sind folglich keine hausgemachten Probleme, die die kommunale Familie insgesamt – ausdrücklich auch Kreis und

Landschaftsverband - in diese Situation geführt haben. Landschaftsumlage (hier eine große Position die Eingliederungshilfe) und Kreisumlage steigen und am unteren Ende der Nahrungskette befinden wir Städte und Gemeinden uns. Nur ist das Bild völlig falsch, denn wir sind nicht das Ende der Nahrungskette, sondern vielmehr die Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wenn den Menschen vor Ort also immer mehr ihr eigener Spielraum genommen wird, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich immer mehr Menschen dagegen entscheiden, sich in ihrer Gemeinde zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und bei Wahlen leider zunehmend Alternativen sehen, wo gar keine sind.

Im Ergebnis mussten wir auch für das kommende Jahr wieder an vielen Stellen, wo geäußerte Bedarfe eher den Charakter eines Wunsches hatten, zurückstellen, reduzieren oder streichen. Das geht natürlich nur bei den freiwilligen Leistungen.

Wenn sich die Situation nicht dahingehend ändert, dass Bund und Land mehr Geld in die Kommunen geben, werden hier in diesem Gremium Entscheidungen zu treffen sein, die den Kern und den Bestand unserer sozialen, kulturellen, sportlichen und freizeitorientierten Angebote unserer Gemeinde betreffen. Unsere Wirtschaft braucht aber Arbeitskräfte, die hier auch gerne wohnen und leben möchten. Es braucht bezahlbaren Wohnraum, damit Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Verkäuferinnen und Verkäufer, Handwerker, Angestellte in unseren Verwaltungen, Pflegekräfte, Polizeibeamte und nicht zuletzt auch die dringend benötigten Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren sich Wohnen bei uns leisten können und trotzdem noch Geld behalten, um ihr Leben zu gestalten. Die Liste der Berufsgruppen könnte ich noch endlos fortsetzen. Es sind die Menschen in der Mitte der Gesellschaft für die wir – auch aus eigenen Interessen heraus – die Pflicht haben, alles zu unternehmen, damit endlich bezahlbarer Wohnraum in einer Menge entsteht, in der er gebraucht wird. Und aus diesem Grund werbe ich noch einmal dringend dafür, dass Drensteinfurt weiter an der Gründung einer Interkommunalen stadregionalen Wohnungsbaugesellschaft mitarbeitet. Diese wird einen gewissen Anlauf nehmen müssen, aber sie ist mit Blick auf die erforderlichen Anstrengungen, die erforderlich sind, aus meiner Sicht ohne Alternative. In erster Linie geht es hier um die Daseinsvorsorge.

Und daneben bleibt selbstverständlich noch genügend Raum und auch Bedarf für privatwirtschaftliche oder genossenschaftliche Bautätigkeit.

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

mit Blick auf die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung habe ich mich im Vorfeld bewusst entschlossen, mich deutlich kürzer zu fassen als in den Jahren zuvor. Ins Detail werden wir ja in den anstehenden Wochen noch umfangreich gehen.

Wichtig aus der Gesamtschau war im ablaufenden Jahr mit einer gewissen Dominanz die Neuorganisation der Stadtverwaltung im Herbst des letzten Jahres. Die neuen Strukturen mit einer zusätzlichen Führungsebene entlasten die Fachbereichsleitungen zum Teil schon jetzt deutlich und haben zugleich Chancen für aufstrebende Nachwuchsführungskräfte geschaffen, die sonst sehr lange hätten warten müssen, bis sie ihr Potential entfalten können. Im schlimmsten Fall wären sie aus diesen Gründen vielleicht sogar abgewandert.

Die Verwaltung ist damit weiter von einer durchweg hohen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft geprägt und gleichzeitig zukunftsfähig aufgestellt. Mit Blick auf die Herausforderungen der kommenden Jahre und dem sich bis 2030 noch verstärkenden Fach- und Arbeitskräftemangel wird sich die Stadt Drensteinfurt im Ringen um die besten Köpfe so hoffentlich behaupten können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2025 enthält Aufwendungen in Höhe von 41.008.430 €; diesen stehen Erträge in Höhe von 37.256.770 € gegenüber.

Im Ergebnis bedeutet dies ein Defizit in Höhe von **3.751.660 €**, welches aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden kann, die der Kämmerer und ich für den Stand Dezember 2023 mit gut 14,7 Mio. € taxieren. Damit gilt das Ziel des Haushaltsausgleiches als zumindest fiktiv deutlich erreicht und das wird bei der derzeitigen voraussichtlichen Entwicklung des Eigenkapitals auch bis zum Ende unserer jetzigen Finanzplanung gelingen.

Das Instrument des Globalen Minderaufwandes, wie wir es erstmals in dem 2024er Haushalt verankert hatten, ist für das Haushaltsjahr 2025 mit 300 T€ erneut enthalten und reduziert die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage auf gut 3,4 Mio. €.

Wo stehen wir mit dem Eigenkapital? In den zurückliegenden 10 Jahren haben sich sowohl das Eigenkapital sowie die Ausgleichsrücklage bzw. unser Gewinnvortrag um

gut 10 Mio. € erhöht, wie es nach den derzeitigen Prognosen und Jahresabschlussarbeiten aussieht. Wenn wir unsere Ausgleichsrücklage so, wie es sich in diesem Moment darstellt auf gut 14,7 Mio. € auffüllen können, dann haben wir diese seit 2014 etwas mehr als verdreifacht.

Kommen wir noch kurz zu unseren Investitionsvorhaben. Natürlich haben wir uns auch wieder einiges für 2025 vorgenommen.

Die größten Einzelpositionen sind

- Erweiterung der GS Rinkerode mit 0,3 Mio. € und VE in Höhe von 8 Mio. €
- Neubau des FwGH Rinkerode mit 250 T€ und VE in Höhe von 6 Mio. €
- Feuerwehrumfahrung Teamschule mit 250 T€ und VE in Höhe 50 T€
- Leichtathletikanlage im Erlfeld mit 981 T€
- Radweg an der L671 mit 900 T€ und VE in Höhe von 427 T€
- Veloroute nach Münster mit 545 T€ und zuletzt
- Sanierung von zwei Brücken mit 510 T€ sowie VE in Höhe von 2 Mio. €
- Sanierung Göttendorfer Weg mit 750 T€ und VE in Höhe von 2,6 Mio. €
- Sanierung Brink mit 50 T€ und VE in Höhe von 600 T€
- Sanierung Goethe- und Heesterstraße in Höhe 300 T€ und VE in Höhe von 240T€
- Ausbau Garten- und Fliederweg in Höhe von 800 T€ mit VE in Höhe von 1,4 Mio. €
- Endausbau Kerkpatt 2. BA in Höhe von 920 T€ und VE in Höhe von 100 T€
- Erschließung Mondscheinweg 2. BA in Höhe von 300 T€ und VE in Höhe von 1,87 Mio. €

Eine aus meiner Sicht sehr wichtige und mittlerweile nicht mehr aufschiebbare Einzelmaßnahme ist die Sanierung der Schlossallee. Trotz intensiver mehrjähriger Bemühungen seitens der Stadtverwaltung ist es bisher nicht gelungen, einen Weg zur Sanierung der Schlossallee zu finden, die von allen Anliegern mitgetragen wird. Der desolante bauliche Zustand hat aber mittlerweile ein Maß angenommen, welches ich eigentlich nicht mehr verantworten kann bei der täglichen Nutzung durch Fußgänger und Radfahrer. Vor diesem Hintergrund sind Gelder im Haushalt für eine „schlichte“ Sanierung eingestellt. Wir werden nochmal die Gespräche mit den

Betroffenen suchen, notfalls aber auch ohne, dass alle einverstanden sind, eine Sanierung durchführen.

An Krediten sind für diese Investitionstätigkeiten 8 Mio. € vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, wir haben trotz sparsamer Planungen auch im nächsten Jahr und darüber hinaus eine ganze Menge vor und ich hoffe, dass uns stets ein angemessener und vertretbarer Ausgleich zwischen notwendigen Einsparungen und erforderlichen Investitionen in die Zukunft gelingt.

Ganz wichtig ist mir persönlich noch der Bereich der Förderung unserer Vereine und Ehrenamtsinitiativen. Es freut mich, dass wir es auch in den kommenden Haushalten hinbekommen, unsere vielen ehrenamtlich engagierten Menschen und Gruppen in Drensteinfurt auch weiterhin in dem gewohnten Umfang zu unterstützen und die dort geleistete wichtige Arbeit wertschätzen zu können.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Ehrgeiz an der Erstellung der Planungen für die kommenden Jahre mitgewirkt haben und hoffe auf einen konstruktiven Austausch bei den nun folgenden politischen Debatten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!